



## im Beirat Walle

### **Antrag der CDU in Sachen Videoübertragung durch den ganzen Beirat bekräftigen.**

Der Beirat Walle möge beschließen:

Der Antrag der CDU, eingereicht zur Sitzung der FA Überseestadt, und dort einstimmig befürwortet, wird durch den gesamten Beirat bekräftigt. Um zeitnahe Umsetzung der Forderungen wird nachdringlich gebeten.

#### **Begründung:**

Es ist nicht nachvollziehbar, dass ein kleiner Fachausschuss (7 stimmberechtigte Mitglieder) über die Geschicke anderer Ausschüsse und des Gesamtbeirates (17 stimmberechtigte Mitglieder) entscheidet.

Aus diesem Grunde möge der Antrag der CDU (siehe Anhang) vom gesamten Beirat abgesegnet werden, damit sich von den 10 Beiratsmitgliedern, welche auf der Sitzung des FA Überseestadt nicht abstimmen konnten, niemand übergangen fühlen kann.

Anzumerken ist, dass die AfD in Walle mehrfach Versuche unternommen hatte, gleiches zu erreichen, wobei die CDU nun im Begriff ist, die ursprünglichen Ideen / Anträge der AfD umzusetzen.

Mehrere schriftliche Eingaben beim Ortsamt / Senatskanzlei und auch zwei Anträge der AfD (siehe Anlagen) in gleicher Sache wurden stets abgelehnt. Der letzte Antrag datiert auf den Juni 2020.

Meist war es der "Datenschutz", der als Begründung für die Anträge der AfD strapaziert wurde.

Dass AfD-Anträge abgelehnt und andere Parteien diese als eigene Ideen "verkaufen", ist für mich gewöhnungsbedürftig, da mir der Diebstahl geistigen Eigentums / fremder Ideen fremd ist. Wenigstens hat die CDU eine gewisse Schamfrist eingehalten, wo andere noch dreister vorgegangen sind. Siehe [Wettbewerb der Schamlosigkeit](#).

Es ist wünschenswert, dass der Antrag der CDU zügig umgesetzt wird, und die Bevölkerung sich ihr eigenes Bild über die Vorgänge im Beirat machen kann.

So kann jeder für selbst entscheiden, ob ich im Waller Beirat tatsächlich, wie wiederholt behauptet wurde, "rechtsradikales Gedankengut" verbreite; ja sogar

Beiratsmitglieder bedrohen soll. Als der Fernsehreporter verschiedene Beiratsmitglieder und die Ortsamtsleiterin konkret befragte, kam nichts Konkretes.

Wenn denn die von der AfD lange geforderten Übertragungen der Beiratssitzungen endlich kommen, und keine "rechtsradikalen Parolen" von der AfD in Walle zu registrieren sind, wird die politische Konkurrenz, so wie ich die einschätze, wohl behaupten, dass dies eine Folge Videoübertragungen ist. Wetten?

Dass sich alle Altparteien, Ortsamtsleitung und Senatskanzlei massiv gegen das jahrelange Ansinnen der AfD gewehrt haben, kann für mich nur einen Grund haben:

Man wollte das antidemokratische Benehmen und die verleumderischen Tatsachenbehauptungen über die AfD nicht für jedermann dokumentiert wissen.

Ich persönlich halte den Antrag der CDU nicht für ernsthaft. Dafür haben die Vertreter der CDU sich zu lange durch ihr Abstimmverhalten gegen mehr Transparenz in der Vergangenheit zu sehr festgelegt.

Vielleicht sind es die Wünsche aus der Bevölkerung, welche auch der AfD schon seit längerem zugetragen wurden, die zu dem Punkt geführt haben, dass es künftig schwer zu vermitteln ist, so weiterzumachen, wie bisher. Die Menschen fragen sich zu Recht, warum es z.B. in Blumenthal oder Hemelingen trotz "Datenschutz" transparenter zugeht, als in Walle.

Dass der "Datenschutz" bei der Abstimmung im FA Überseestadt kein Thema mehr war, müsste auch neutralen außenstehenden Beobachtern zu denken geben.

Trotz des offensichtlichen "Abkupferns" bin ich der CDU für ihre Initiative dankbar und begrüße diese ausdrücklich. Sonst würde es wohl noch ewig dauern, bis auch im Waller Beirat die Transparenz ankommt, und nicht länger nur die "Wunschergebnisprotokolle" die Sitzungen reflektieren.

Bremen, 13. Sept. 2020

*G. Höns*

Drei Anlagen:

Zwei (abgelehnte) Altanträge der AfD-Walle und das Plagiat der CDU.

Gerald Höns (AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / [www.afd-walle.de](http://www.afd-walle.de))

## im Beirat Walle

**Bagatellanträge vermeiden.**

Der Beirat möge die Empfehlung aussprechen, dass Bagatellanträge nach Möglichkeit vermieden, und die Anliegen von den Beiratsmitgliedern in Eigenregie erledigt werden.

**Begründung:**

Nachdem sich immer mehr herauskristallisierte, dass AfD-Anträge offenbar grundsätzlich abgelehnt werden, wendete sich der Unterzeichner bei Bürgeranliegen direkt an die zuständigen Stellen. Zwar lehnte der Beirat auch den AfD-Antrag auf eine elektronische Version des Behördenfernsprechbuches für die Beiratsmitglieder ab. Trotz nicht nachvollziehbarer Ablehnung dieses Hilfsmittels, für eine erleichterte Kontaktaufnahme mit der jeweils zuständigen Stelle, gelang es dem Unterzeichner mehrmals das jeweilige Problem ohne den Beirat zu lösen.

Es liegt nahe, bei sehr lokalen, offensichtlichen oder zeitkritischen Angelegenheiten den kurzen Dienstweg zu wählen. Warum müssen sich der Beirat und das Ortsamt mit Anträgen wie z.B. ein fehlendes Ballfangnetz, falsche oder überflüssige Beschilderung, lose Gehwegplatten oder einen Wetterschutz für eine Haltestelle befassen?

Den Beirat zu befassen kostet mitunter wertvolle Zeit. Aus dramaturgischen Gründen wurde z.B. beantragt ein Ballfangnetz zu montieren, weil es sonst einen Unfall durch spielende Kinder geben könnte. Ich fand die lange Wartezeit durch den formalen Antrag über den Beirat verantwortungslos. Eine Mail an die zuständige Stelle mit Hinweis auf die Gefahrenlage wirkt meist Wunder. Da niemand die Verantwortung für übernehmen möchte, falls wirklich was passiert, wird in der Regel schnell gehandelt.

Sehr lokal relevante Vorgänge (wie z.B. überflüssige Schilder oder Gehwegschäden) sollten primär direkt der zuständigen Dienststelle gemeldet werden. Der Beirat sollte nicht mit jeder "Milchkanne" befasst werden.

Falls die zuständigen Stellen wiederholt nicht reagieren sollten, kann der Beirat / Fachausschuss mit der Angelegenheit immer noch befasst werden.

Bremen, 21. Sept. 2020

Gerald Höns

(AfD-Büro Bremen-Walle, Grenzstraße 110 / [www.afd-walle.de](http://www.afd-walle.de) )



CDU-BEIRATSFRAKTION WALLE

Fragen der Beiratsfraktion der CDU  
für die Sitzung des  
Beirates Walle am 30.09.2020

**„Deutschlandweit ertönten die Sirenen“  
Welche Erkenntnisse und Erfahrungen gab es im Stadtteil Bremen-Walle?**

Der Beirat möge folgende Fragen bezogen auf den Stadtteil Walle an die senatorische Behörde für Inneres stellen:

1. Welche Warnmittel wurden getestet?  
Dazu: Welche haben funktioniert, welche haben nicht funktioniert?
2. Welches Fazit wurde daraus gezogen?
3. Wie sieht der Katastrophenschutzplan aus?  
Dazu: Welche verschiedenen Warnsysteme existieren?  
Welche offiziellen Schutzräume sind vorhanden?  
Wie ist der Stand der vorhandenen akustischen Signale?
4. Durch welche Warnmittel wird die Bevölkerung im Ernstfall bei einer Bedrohung im Einzelnen durch Hochwasser, Unwetter, Brand, Gaswolken oder Ähnliches gewarnt?
5. Gerade in der Überseestadt sind sehr viele Büroangestellte tagsüber in Arbeiten vertieft. Wie ist der Plan diese im Notfall zu warnen? Gibt es ein zentrales Warnsystem für Firmen?
6. Wie sieht der Evakuierungsplan bei besonderer akuter Gefahrenlage aus sollte nur kurze Zeit für die Räumung zur Verfügung stehen?

Für die CDU-Beiratsfraktion Walle:

Franz Roskosch

Kerstin Eckardt

**Stellungnahme des Beirats Walle  
zum Antwortschreiben der Senatskanzlei vom 31.8.2020**

---

Der Beirat bedankt sich für Antwort.

Wie im Antwortschreiben aufgeführt, ist es unbestritten, dass im aktuellen Haushalt die Mittel für diverse Aufgaben in den Stadtteilen erhöht wurden.

Gleichwohl geht das Schreiben in keinster Weise auf die inhaltliche Ausrichtung der Anträge vom Mai 2019 und vom Mai 2020 ein.

Im Antrag vom Mai 2019 wurde auf die erhöhten Anforderungen hingewiesen. Erfreulicherweise gibt es eine rege Bürgerbeteiligung im Stadtteil, der Jugendbeirat wird begleitet und die modernen Kommunikationsmittel sind einerseits für die schnelle Informationen in den Stadtteil zuträglich – andererseits wird eine schnelle Reaktion auf Anschreiben, Anträge und Wünsche erwartet und hat somit ein erhöhten Arbeitsaufwand zur Folge.

Im Antrag vom Mai 2020 verweist der Beirat auf die Anforderungen, die sich in Bezug zur Überseestadt ergeben. Durch die Befassung vielerlei Themen (Bauvorhaben, Neue Mitte, Soziale Mitte, Überseeinsel) entstand in den letzten Jahren ein inhaltsreiches Arbeitsgebiet, welches gut vorbereitet und bearbeitet werden will.

Der Einsatz digitaler Verfahren wird in Zeiten der Pandemie wichtiger als je zuvor. In dem Antwortschreiben wird auch auf diesen Punkt nicht eingegangen. Obwohl die Nutzung ab Mai 2021 explizit vorgesehen ist. Zur Zeit ist das Ortsamt personell nicht hinreichend genug aufgestellt. Zudem braucht es mehr fachliche Unterstützung durch die jeweiligen Ressorts.

**Wir bleiben bei unserer Forderung von mindestens einer halben Stelle für Walle und fordern die Senatskanzlei auf, zu den obengenannten Punkten inhaltlich Stellung zu beziehen.**

Bezüglich:

Haushaltsantrag zur personellen Ausstattung des Ortsamtes West vom 9.5.2019

Antwortschreiben der Senatskanzlei am 3.4.2020

Antwortschreiben des Beirats vom 14.Mai 2020

Antwortschreiben der Senatskanzlei am 31.8.2020

Brunhilde Wilhelm - Bündnis 90 /Die Grünen

Brigitte Grziwa-Pohlmann - SPD

Jörg Tapking - Die Linke

21.9.2020

**Die Senatorin für Kinder und Bildung  
Frau Warneke**

**Erwiderung auf das Antwortschreiben SKB vom 26.05.2020 zum Beiratsbeschluss vom 28.04.2020: „Hausaufgabenhilfe stärken“**

Sehr geehrte Frau Warneke,

Ihre Antwort auf den Beiratsbeschluss „Hausaufgabenhilfe stärken“ ist im Interesse für Kinder, die eine dringende Unterstützung bekommen müssen, sehr befremdend.

Seit Jahren wird in den Angeboten der freien Träger (Freizeitheime, Gruppen in kirchlichen Verbänden) dieser Bedarf aufgegriffen. Eltern wenden sich an die ausführenden Pädagogen\*innen und bitten um Unterstützung und Förderung ihrer Kinder in schulischen Belangen. Sie wünschen sich für ihre Kinder einen guten, erfolgreichen Bildungsweg.

Eine Reihe von Eltern kann ihren Kindern nicht bei der Erledigung der Hausaufgaben beistehen und helfen. Gründe hierfür sind u.a. Sprachbarrieren und Berufstätigkeit. Kindern aus sogenannten bildungsfernen Elternhäusern fehlt bei der Erledigung der Hausaufgaben häufig eine kompetente Unterstützung.

Die jetzigen Angebote des Ressorts decken nicht annähernd den Bedarf, der zu einer ausreichenden Förderung notwendig ist. Die pädagogischen Mitarbeiter\*innen in den Einrichtungen möchten die Teilhabe der Kinder gewährleisten und bieten eine Schularbeitenhilfe in Kleingruppen am Nachmittag in den Einrichtungen an.

Dieses überaus wichtige pädagogische Angebot kann und muss weiterhin für die Kinder erbracht werden. Die mit der pädagogischen Hausaufgabenhilfe verbundene Arbeitszeit der Pädagogen\*innen muss endlich anerkannt und finanziert werden.

Eine positive Antwort zur Lösung dieser Problematik erwartet der Beirat Walle in der Zusammenarbeit mit der Senatorin für Soziales und der Senatorin für Bildung.

(für den Entwurf: Brigitte Grziwa-Pohlmann)